

20. März 2007  
Presseausendung der SPÖ

*SPÖ/Faymann/Klaubklausur/Infrastruktur/Straße/Schiene*

## **SPÖ-Klubklausur - Faymann: "1,5 Milliarden Euro jährlich für Schiene, 1 Milliarde jährlich für Straße"**

### **Plädoyer für Ökologisierung des Waren- und Personenverkehrs Schiene prioritär**

Wien (SK) - Im Regierungsprogramm habe man sich darauf geeinigt, "1,5 Milliarden Euro jährlich für Investitionen in die Schiene und 1 Milliarde pro Jahr für Investitionen in die Straße" bereitzustellen, betonte Infrastrukturminister Werner Faymann Dienstagvormittag bei der Klaubklausur der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion, wo er zu "Eckpunkten für Investitionen in die Zukunft" referierte. Mit einer Erhöhung der Mineralölsteuer und dem Forcieren des öffentlichen Personennahverkehrs solle es neben der geplanten Erhöhung der LKW-Maut zwei weitere Schwerpunkte zur Ökologisierung des Verkehrs geben, so Faymann. Der Schiene komme angesichts ihrer zentralen Bedeutung beim Umwelt- und Klimaschutz Priorität zu, so Faymann, der unterstrich, dass es aber auch angesichts der geforderten Arbeitnehmer-Mobilität eine "Bringschuld ist, den öffentlichen Verkehr auszubauen".

Jedwede florierende Wirtschaftsentwicklung habe eine gute Verkehrserschließung zur Voraussetzung, betonte Faymann zum "direkten Zusammenhang zwischen Betriebsansiedelungen und Verkehrserschließungen". Vor diesem Hintergrund seien die großen und prioritären Projekte im Schienen- und Straßenausbau angesiedelt, so Faymann, der erläuterte, dass es trotz eines Gesamtpaketes von 10,5 Milliarden Euro, die er für Straßen- und Schieneninfrastruktur bis 2010 zur Verfügung hat, an "allen Ecken zwickt und zwackt". Vor allem der Ausbau der West- und Südstrecke, aber auch der Brenner-Basistunnel seien "schwer zu finanzieren" und bedeuteten eine "maßgebliche Belastung unserer Generation während der nächsten zehn bis fünfzehn Jahre". Doch gerade aufgrund des Umstands, dass es "in der Vergangenheit hier zuwenig Geld gegeben hat", sei nunmehr ein Aufholbedarf existent, so Faymann, der unterstrich: "Ich bin dafür, dass wir das umsetzen". Er bekenne sich zu einer mittel- und langfristigen Strategie im Ausbau von prioritären Schienen- und Straßenprojekten über 2010 hinaus, so Faymann etwa mit Blick auf den Ausbau der West- und Südstrecke. Bis Ende März werde er den neuen Rahmenplan für Straße und Schiene fertig stellen und gemeinsam mit Finanzminister Molterer dem Ministerrat vorlegen.

Angesichts der zentralen Bedeutung der Schiene beim Umwelt- und Klimaschutz gelte es, die "Schiene zu attraktivieren", was aber auch von "unterstützenden Maßnahmen im Straßenbereich" begleitet sein müsse, so Faymann mit Verweis auf die LKW-Maut, wo eine Erhöhung um vier Cent pro Kilometer geplant sei. Er glaube zudem, dass sich Europa bei der Wegekostenrichtlinie derzeit auf einem "falschen Kurs" befindet, ergänzte der Infrastrukturminister. Klar sei, dass die LKW-Maut für die Finanzierung von großen europäischen Schieneninfrastruktur-Projekten (z.B. Brenner-Basistunnel) gebraucht werde. Ohne eine wesentliche Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene seien die Ziele des Klimaschutzprogramms nicht erreichbar, so Faymann, der klarmachte, dass "Kyoto 2012 hier nicht als Endpunkt betrachtet werden darf".

### **Personennahverkehr forcieren**

Im Bereich des Personennahverkehrs - wo aus der Vergangenheit ein "Projektstau" gegeben sei - gebe es die Möglichkeit, mit "relativ geringen Mitteln viel in der Umweltpolitik zu

erreichen", so Faymann, der sich dafür aussprach, "einen Weg zu finden, um jene Teile der Mineralölsteuer, die an die Länder gehen, stärker in den Personennahverkehr einzubringen". Von möglichen Alternativmaßnahmen, wie etwa Verboten im Sinne autofreier Tage halte er nichts, schließlich würden davon jene getroffen, die ihr Auto für die Arbeit brauchen, so Faymann.

### **Mineralölsteuer-Erhöhung wichtig, um Projekte umzusetzen**

Es sei sein Grundsatz, dann den "Baubeginn zu setzen, wenn Geld in der Kassa ist", so Faymann, der klarmachte, dass sowohl die Mineralölsteuer-Erhöhung als auch eine "sanfte Vignetten-Preiserhöhung nach dem Verbraucherpreis-Index" wichtig seien, um die zentralen Infrastrukturprojekte umzusetzen. Er habe in den letzten Wochen "vernünftige und sachorientierte Gespräche" mit Ländervertretern geführt, um sich über die Positionen der Länder zu informieren und um sicherzustellen, dass der "Rahmenplan auch durchgehalten werden kann". Abschließend unterstrich der Infrastrukturminister, dass es "nicht egal sei, wem die ÖBB gehört" und dass gelte: "Die ÖBB müssen österreichische Bundesbahnen bleiben". Gerade England sei hier ein "abschreckendes Beispiel", wo Teilstrecken verkauft wurden und nur zu oft keine Fahrpläne mehr erstellt werden konnten, so Faymann, der deutlich machte: "Für die SPÖ sind die ÖBB mit rund 40.000 Beschäftigten einer der wichtigsten Betriebe." (Schluss) mb

Rückfragehinweis:

SPÖ-Bundesorganisation, Pressedienst, Tel.: 01/53427-275, Löwelstraße 18, 1014 Wien,  
[www.spoe.at/online/page.php?P=100493](http://www.spoe.at/online/page.php?P=100493)

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

OTS0197

2007-03-20/13:23

201323 Mär 07